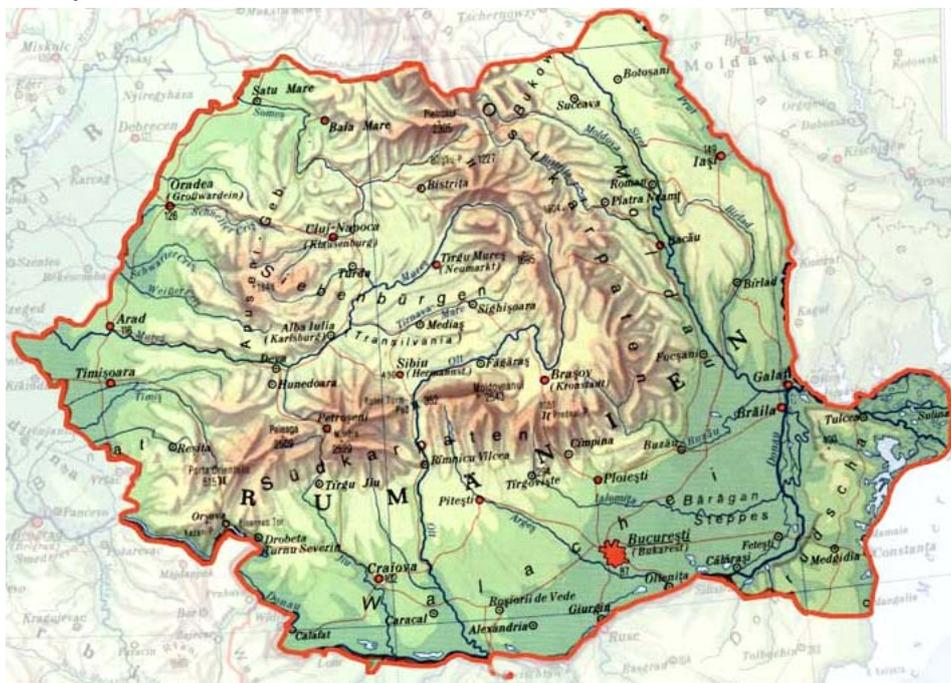


Die politische Vertretung von Minderheiten in Rumänien: Deutsche, Ungarn, Juden

JOSEF KARL, Regensburg/München

Der EU-Beitritt von Rumänien und die Wahl von Hermannstadt/Sibiu zu einer der beiden Europäischen Kulturhauptstädte des Jahres 2007 haben viel zugunsten einer verstärkten Wahrnehmung der deutschen Minderheit im postkommunistischen Rumänien beigetragen. Insbesondere Hermannstadt entwickelte sich zum wahren Besuchs-Magneten. Hochrangige Delegationen gaben sich bei Bürgermeister Johannis seit 2004 fast sprichwörtlich die Türklinke in die Hand, darunter Prinz Charles, der Hermannstadt und Siebenbürgen ebenso besuchte wie der Präsident des Europäischen Parlaments Pöttering, der Präsident der EU-Kommission Barroso, der EU-Kommissar für Bildung und Kultur Figel, Bundespräsident Köhler, der ehemalige Bundeskanzler Schröder, Bundestagspräsident Lammert, Großherzog Henri von Luxemburg, Erbprinz Alois von Liechtenstein und der ungarische Premierminister Gyurcsány.



Die Ausgangslage

Rumänien ist mit 238.391 Quadratkilometern und 21,7 Millionen Einwohnern¹ nach Polen der größte der so genannten „postkommunistischen“ Staaten Ostmittel- und Südosteuropas. Obwohl die meisten ethnischen Rumänen den Staat als ihren Nationalstaat ansehen, ist Rumänien ein Land mit vielen Nationalitäten. Es gibt ungefähr 1,4 Millionen Ungarn, zwischen einer und zwei Millionen Roma², zwischen 60.000 und 70.000 Deutsche³ und kleinere Minderheiten von Ukrainern, Polen, Russen und Lipowanern (slawischstämmige Bewohner des Donaudeltas), Serben, Bulgaren, Kroaten, Slowaken und Tschechen, Makedonen, Ruthenen⁴, Türken, Tataren, Griechen, Albanern, Armeniern, Juden und Italienern. Derzeit existieren in Rumänien 19 Minderheitenorganisationen, die seit 1989 das kulturelle und politische Leben der in Rumänien lebenden Minderheiten organisieren und vom rumänischen Staat offiziell anerkannt worden sind.⁵

Trotz dieser relativ heterogenen Bevölkerungsstruktur orientiert sich Rumänien, wie auch Bulgarien, aber an einem Konzept des Minderheitenschutzes, das als Hauptaufgabe der staatlichen Minderheitenpolitik die Sicherung der Einheit des Staatsvolkes beziehungsweise des einheitlichen und unteilbaren Nationalstaates sieht (paternalistisch-zentralstaatlicher Minderheitenschutz).⁶ Selbst wenn eine rumänische Regierung eine offene Minderheitenpolitik verfolgen wollte, „steht [...] das nach französischem Vorbild entworfene Verfassungsrecht im Wege, das sie etwa an den Grundsatz bindet, Angehörige der nationalen Minderheit nicht anders zu behandeln als Angehörige der Mehrheit. Antiliberalen, beziehungsweise nationalistischen Gruppen wird auf diese Weise stärker als in dem republika-

nisch-weltoffenen Konzept die Möglichkeit gegeben, die staatliche Minderheitenpolitik zu unterlaufen.“⁷

Diese Ausgangslage wird durch die in Rumänien insbesondere während der 1990er Jahre zu beobachtende Entwicklung verstärkt, dass sich die in ihrem Machtanspruch noch immer bestehende politische Nomenklatur des Nationalismus als letztlich einziger Rechtfertigungsideologie bediente, um die von nationalistischen Leitbildern geprägte Politik Nicolae Ceaușescus (*1918 + 1989; 1965-1989 an der Regierung) wenigstens teilweise fortsetzen und sich selbst an der Macht halten zu können.⁸

Dabei verteilt sich die Nomenklatur nach dem Regierungswechsel vom Dezember 2004 heute besonders auf die beiden Oppositionsparteien PSD (Sozialdemokratische Partei / Ex-Kommunisten) und PRM (Großrumänienpartei / Nationalisten), aber auch auf die aus einer Spaltung mit der späteren PSD hervorgegangenen Demokratischen Partei (PD) von Präsident Băsescu sowie – aufgrund des Mangels an postkommunistisch ausgebildeten Eliten – auf die Verwaltung und vor allem die Justiz. Dass ausgerechnet der Nationalismus mit seiner von rechtsextremen Prägungen gekennzeichneten Vergangenheit die beste Tarnideologie für die „alte Klasse“ abgibt, beruht auf seiner prinzipiellen Verfügbarkeit, aber auch auf seinem Ausschließlichkeitsanspruch.⁹ Speziell die Minderheitenorganisationen waren es auch, die im postkommunistischen Rumänien traditionell in das Visier nationalistischer und populistischer Politiker gerieten.

Bei der Beurteilung der Beteiligung der Minderheiten am politischen Leben fällt auf, dass große Unterschiede in Äußerungen der rumänischen Regierung und auch der Oppositionsparteien gegenüber verschiedenen Minderheiten zu beobachten sind. Die Begründungen für diese Unterschiede finden sich einerseits in der Beurteilung einer Minderheit durch rumänische Parteien und Politiker nach der Loyalität der Minderheit gegenüber dem rumänischen Staat, andererseits in der Wahrnehmung der Regierungspolitik durch die Minderheiten und schließlich im wichtigsten Punkt, der Strategie einer Minderheitenorganisation gegenüber dem rumänischen Staat.¹⁰

¹ Stan Stoica, *România 1989-2005*, Bukarest (2005), S.157.

² Es wird sogar geschätzt, dass die Minderheit der Roma zwischen 2 und 3,5 Millionen Menschen, also mehr als 10 Prozent der Bevölkerung stellt. Vgl. Attila Agh, *Emerging Democracies*, Cheltenham (UK)/Northampton (USA) (1998), S. 257.

³ Die Volkszählung von 2002 geht von 60.088 Deutschen aus.

⁴ Eigene Benennung in Abgrenzung von den mehrheitlich orthodoxen Ukrainern aufgrund der zumeist Griechisch-Katholischen Religionszugehörigkeit der Ruthenen.

⁵ Archiv-Akte A3 des Archivs des DFDR in Sibiu, 21. September 2002.

⁶ Eine Studie, die auf Initiative des Auswärtigen Amtes verfasst wurde, geht für die darin untersuchten zehn Länder davon aus, dass man zurzeit drei idealtypische Konzepte für den Minderheitenschutz unterscheiden kann. Vgl. Dieter W. Bricke, *Minderheiten im östlichen Mitteleuropa: Deutsche und europäische Optionen*.

⁷ *Ibid.*, S. 50.

⁸ Z. B. Richard Crampton, *The Balkans since the Second World War*, London (2002).

⁹ Vgl. Georg Focke, *Vom Kommunismus zum Nationalismus. Zum Sonderfall Rumänien*, Bochum (1993), S. 84.

¹⁰ Nach den Wahlen des Jahres 2004 sind (in der Reihenfolge der Größe des Bevölkerungsanteils der jeweiligen Minderheit) mit je einem Abgeordneten im Abgeordnetenhaus vertreten: Roma, Deutsche, Ukrainer, Russen und Lipowa-

Insbesondere die weitgehend assimilierten Minderheiten der Makedonen, Italiener, Albaner, Griechen, Ruthenen und Tschechen und die kleinen Minderheiten der Kroaten, Bulgaren, Slowaken, Polen und Tataren sind staatlicherseits wohl gelitten, da sie loyal zum rumänischen Staat stehen und in der Abgeordnetenversammlung treu mit der jeweiligen Regierung stimmen. Die etwas größeren Minderheiten der Serben, Russen und Lipowaner, Türken und Ukrainer sind gut in die Gesellschaft integriert und politisch wenig interessiert, wodurch auch sie aus rumänischer Perspektive als ‚gute‘ Minderheiten gelten. Anders verhält es sich bei den schätzungsweise rund 1,5 Millionen Roma, die zwar politisch kaum eine Rolle spielen, aber ein soziales Dauerproblem für das Land darstellen und eine Existenz am Rande der rumänischen Gesellschaft fristen.¹¹ Ihre Vertretung als Minderheit im Parlament firmiert unter der Bezeichnung „Partida Rromilor“. Für die in Rumänien lebende deutsche Minderheit bildet das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) die politische Interessenvertretung.

Die ungarische Minderheit als zweitgrößte Minderheitengruppe im heutigen Rumänien, die deutsche Minderheit, die zahlenmäßig eine Mittelstellung einnimmt, und die jüdische Minderheit als sehr kleine Gruppe können in bestimmten Aspekten auch als durchaus repräsentativ für die restlichen 16 Minderheitenorganisationen angesehen werden.

Aufgrund des in der rumänischen Gesetzgebung pauschal vorherrschenden Terminus der „nationalen Minderheiten“ und des Fehlens des Begriffes „ethnische Minderheiten“ gestaltet sich insbesondere die Rolle der jüdischen Minderheit problematisch. Diese sieht sich traditionell in einer Doppelrolle als kulturelle und nationale Minderheit, die sich nur schwer in den durch den rumänischen Staat festgelegten Rahmen einer „nationalen Minderheit“ pressen lässt.

Die Analyse der kollektiven Situation der Minderheiten in Rumänien zeigt, dass die Organisationen der Minderheiten in Rumänien seit 1989 zwar einige substanzielle Verbesserungen ihrer Lage durchsetzen konnten, dies aber nur um den Preis, dass sie sich aufgrund des in Rumänien herrschenden Konzeptes des Minderheitenschutzes selbst zum *politisch* handelnden Objekt entwickelten, obwohl sie in ihrer großen Mehrheit

eigentlich nur anstrebten, eine *kulturelle* Interessenvertretung zu sein. In anderen Worten könnte man diese Entwicklung als die Umwandlung der Minderheitenorganisationen von reinen Minderheitenverbänden mit dem unabhängig von politischen Konstellationen verschiedener Couleur bestehenden Kernanliegen der kulturellen und identitätserhaltenden Interessenvertretung der nationalen oder ethnischen Minderheiten zu politischen Parteien der Minderheitengruppen, die sich an die sich ständig verändernden politischen Konstellationen anzugleichen hatten, beschreiben.

Bezogen auf das seit 1989 bestehende DFDR bedeutet das, dass die Unverträglichkeit der expliziten Absicht des DFDR, eine Minderheitenorganisation für alle Deutschen und keine Partei zu sein, und seines impliziten Willens, als eine aktive politische Kraft zu wirken, das DFDR de facto mehr und mehr zu einer Art politischen Partei werden ließ. Diese spannungsgeladene Entwicklung war die größte Herausforderung des DFDR während der mehr als 17 Jahre seiner Existenz.

Aufgrund des in Rumänien angewandten paternalistisch-zentralstaatlichen Minderheitenschutzkonzeptes kommt jede Minderheitenorganisation beinahe zwangsläufig in das Dilemma, dass ihre Bestrebungen, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, irgendwann als „Illoyalität“ dem rumänischen Staat gegenüber interpretiert werden und sie sich dann im sehr starken Spannungsfeld zwischen den Interessen und Bestrebungen ihrer Mitglieder und den Erwartungen der rumänischen Seite wieder findet. Die Angehörigen der Verbände verlangen die Vertretung ihrer Interessen, und der rumänische Staat erwartet politisches Wohlverhalten seitens der Minderheitenverbände. Genau in diesem Spannungsverhältnis finden sich die Minderheitenorganisationen im heutigen Rumänien wieder.

Im Falle der deutschen Minderheit gelang es dem DFDR infolge des durch den Mangel einer *gemeinsamen* deutschen Identität, eines *gemeinsamen* Dialekts oder einer *gemeinsamen* Geschichte in Rumänien motivierten inneren Diskussion über die einander widersprechenden Zielsetzungen, sowohl „einen Verband in Vielfalt und innerer Einheit“ zu schaffen als auch zugleich „in Loyalität zum rumänischen Staat“ zu stehen, beide Ziele trotz ihrer scheinbaren Unverträglichkeit miteinander zu kombinieren. Da das DFDR seit seiner Gründung im Dezember 1989 neben der Vertretung seiner Mitgliederinteressen in mindestens genauso starkem Maße auch seine Loyalität dem rumänischen Staat gegenüber betonte, konnte er sowohl seine kulturelle als auch seine politische Bedeutung peu à peu ausbauen und festigen, ohne mit der einen

ner, Türken, Tataren, Serben, Slowaken, Bulgaren, Kroaten, Griechen, Juden, Tschechen, Polen, Italiener, Armenier, Albaner, Ruthenen und Makedonen.

¹¹ Vgl. hierzu: Peter Miroshnikoff, Zigeuner in Siebenbürgen – „Meine braunen Brüder vom Bach“. Interview mit „Zigeuner-Pfarrer“ Eginald Schlattner, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 04–05, 2005, S. 43–9.

oder anderen Seite allzu viele Probleme entstehen zu lassen. Es deutet einiges darauf hin, dass das DFDR dadurch an die historische Tradition der Siebenbürger Sachsen, nach einem *modus vivendi* mit den jeweils Herrschenden zu streben, anknüpft, die in der Vorkriegspolitik von Rudolf Brandsch¹² und insbesondere von Hans Otto Roth¹³ eine große Rolle spielten.¹⁴

Im Verhältnis des DFDR zur ungarischen Vertretung (*Demokratischer Verband der Ungarn in Rumänien*, UDMR) und zur jüdischen Minderheit in der *Föderation der Jüdischen Gemeinschaften Rumäniens* (FCER) bedeutet dies, dass es die aufgrund des Mangels einer *gemeinsamen* und *einheitlichen* Identität der *einzelnen* Minderheiten im DFDR, aber auch in anderen Minderheitenorganisationen geführte Diskussion über die gegensätzlichen Zielsetzungen, sowohl „einzelne Verbände in innerer Einheit“ zu schaffen, als auch „in Loyalität zum rumänischen Staat“ zu stehen, den Minderheitenorganisationen erlaubte, einzelne ihrer Ziele trotz ihrer scheinbaren Unverträglichkeit zumindest in Teilen miteinander zu kombinieren und zugleich den Erwartungen ihrer Mitglieder zu entsprechen. Dennoch entwickelte jede Minderheitengruppe zur Erreichung ihrer Ziele eine andere Strategie und setzte hierbei unterschiedliche Akzente, was zum Teil wiederum die benötigte Solidarität untereinander gefährdete und was in den betrachteten Fällen der Ungarn (UDMR), Deutschen (DFDR) und Juden (FCER) auf ihre jeweilige Stärke und historische Entwicklung zurückzuführen ist.

Strategien des UDMR, des DFDR und der FCER

Der UDMR und mit ihm die ungarische Minderheit leiden bis heute darunter, dass er bis Mitte der 1990er Jahre seine Ansprüche mit dem „Brecheisen“ durchzusetzen versuchte und daher bis zum heutigen Tage das Image einer rücksichtslos auftretenden politischen Kraft besitzt. Überdies hat der Verband der Ungarn als Sammelpartei einer zahlenmäßig großen Minderheitengruppe das Problem, viele divergierende interne Strömungen miteinander in Einklang bringen zu müssen. Er vereint nationalistische Scharfmacher wie Liberale genauso wie Konservative und Sozialisten ungarischer Nationalität. Schon aufgrund seiner Größe fällt es ihm weitaus schwerer, eine einheitliche politische Linie zu vertreten, und er ist darüber hinaus weniger geschickt als beispielsweise das DFDR, wenn es darum geht, eine politische Position erfolgreich an geänderte Umstände anzupassen. Der UDMR kann es sich aufgrund seiner inneren Struktur daher nicht erlauben, wirklich völlig loyal zum rumänischen Staat zu stehen, will er seine innere Einheit nicht gefährden. Zugleich steht er, wenn er politisch etwas für seine Mitglieder erreichen möchte, vor dem Dilemma, dass er möglichst an der Regierung beteiligt sein muss, was ein Mindestmaß an konstruktivem Mitwirken in Bukarest erfordert. Diese Staatsloyalität darf aber nie so weit gehen wie bei anderen Minderheitengruppen oder rumänischen Parteien, da dies die Basis des UDMR nicht mitmachen würde. Man könnte die Strategie des UDMR daher als die Methode der begrenzten und kalkulierten Konfrontation und zugleich der Kooperation bezeichnen. Diese Strategie allein garantiert dem UDMR innere Einheit, politische Stärke und Einflussmöglichkeiten und ein einigermaßen gutes Auskommen mit der Mehrheitsbevölkerung. Verschiebt sich eine der drei Koordinaten, so kommt es zu Zusammenstößen wie Anfang der 1990er Jahre oder zu massiven Stimmeneinbußen wie bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004.

Demgegenüber liegt die strategische Ausrichtung des DFDR anders. Im Unterschied zur UDMR erklärt sich das DFDR in §1 seiner Satzung *nicht* zur Partei, sondern zu einer kulturellen Vereinigung im Sinne der *ganzen* deutschen Minderheit in Rumänien. Auf diese Art ist es seinen Mitgliedern möglich, in politische *Parteien* Rumäniens einzutreten. Dennoch ist es den Mitgliedern des DFDR verboten, eine führende Position sowohl im DFDR als auch in einer Partei innezuhaben. Diese Regelungen verbessern die allgemeine Position des DFDR maßgeblich, da sie erlauben, so die Förderung der Interessen der deutschen

¹² Rudolf Brandsch wurde 1880 in Mediasch, damals Ungarn, heute Rumänien, geboren. Er verstarb 1953 in Doftana, Prahova, Rumänien. Brandsch war ein siebenbürgisch-sächsischer Politiker und trat für ein offensives Auftreten der verschiedenen deutschsprachigen Gruppen im Volkskampf des alten Ungarn ein. Nach der Gründung Großrumäniens nach dem Ersten Weltkrieg wurde er Abgeordneter im rumänischen Parlament und Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Großrumäniens.

¹³ Hans Otto Roth wurde am 29. April 1890 in Schäßburg / Sighișoara, im heutigen Rumänien geboren. Von 1919 bis 1938 wurde er zehnmal als Abgeordneter in das rumänische Parlament gewählt und wurde daraufhin zum Senator auf Lebenszeiten ernannt. Ab 1922 war er Vorsitzender der deutschen Parlamentsfraktion, der so genannten „Deutschen Partei“. Am 1. April 1953 verstarb Roth im kommunistischen Gefängnis von Ghencea.

¹⁴ Bereits seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts war es sächsische Politik gewesen, dass sächsische Abgeordnete sich den regierenden ungarischen Liberalen anschlossen und auf Konzessionen „von innerhalb“ des regierenden Lagers hinarbeiteten, um exklusiv-sächsische Privilegien zu behaupten und zu erweitern.

Minderheit indirekt auch mit Hilfe großer politischer Parteien voranzutreiben. Anhand dieser bemerkenswerten Struktur kann man den ganz offensichtlichen Widerspruch erkennen, der zwischen der expliziten Absicht des DFDR, eine Minderheitenorganisation für alle Deutschen und keine Partei zu sein, und seines impliziten Willens, als eine aktive politische Kraft zu wirken, liegt. Die interne Diskussion darüber, sowohl eine Organisation in kultureller Einheit zu sein als auch in Loyalität zum rumänischen Staat zu stehen, sorgte schließlich mit der Zeit dafür, dass das DFDR de facto mehr und mehr zu einer Art politische Partei wurde. Um vor diesem politischen Hintergrund bestehen zu können, musste das DFDR überdies einen praktischen politischen Standpunkt entwickeln, der die Spannungen zwischen der Ablehnung bestimmter Regierungsansätze einerseits und deren Tolerierung und Unterstützung andererseits in einer politischen Landschaft, die bis zum Jahr 2004 von einer allmächtigen Partei (PSD) dominiert wurde, zu lösen vermochte. War es bisher immer die Politik des DFDR gewesen, seine Ziele durch eine pragmatische Politik der Loyalität gegenüber der rumänischen Regierung, aber in innerer Einheit zu verfolgen und so den schwierigen Spagat zwischen seinem expliziten Willen, eine apolitische, kulturelle Organisation zu sein, und seiner impliziten Absicht, auch politisch aktiv zu sein, zu leisten, so änderte sich dies im Jahr 2004 durch immense Wahlerfolge aber auch zahlreiche Graben- und Machtkämpfe innerhalb des DFDR grundlegend. Durch sowohl eine personelle als auch taktische Neuausrichtung nach den Parlamentswahlen im November 2004 wurden die Weichen klar in Richtung auf die Bildung einer politischen Partei mit allen Vor- und Nachteilen gestellt. Mit der starken Abwertung des kulturellen und traditionellen Flügels des DFDR wurde auch das eher beschauliche Innenleben des DFDR zugunsten der in anderen Parteien üblichen Kämpfe geopfert. Dies hatte zwar kurzfristig zahlreiche positive Effekte, doch wird es das DFDR langfristig noch mehr in politische Abhängigkeiten gegenüber in Zukunft dominierenden Parteien bringen, da es sich dann nicht mehr nur auf seine Rolle als kulturelle und apolitische Organisation berufen können. Je mächtiger das DFDR nämlich wird, desto mehr wird es seine Loyalität gegenüber der jeweils vorherrschenden Partei und gegenüber dem rumänischen Staat betonen müssen. Die völlige politische Vorherrschaft der PSD bis zum Jahr 2004, ihr Widerwille gegen politische Reformen, ihr Missbrauch politischer Macht und ihre Instrumentalisierung des DFDR auf außenpolitischer Ebene trugen ganz entscheidend dazu bei, dass sich

das DFDR als lokale Alternative zur PSD entwickeln konnte. Daher wurde es für das DFDR zu einer Notwendigkeit, alternative politische Partnerschaften zu entwickeln.

Wiederum anders stellt sich die Situation der jüdischen Minderheit in Rumänien dar. Die Juden Rumäniens sind in einer ähnlichen Situation wie die jüdische Minderheit im heutigen Polen. Deren Zahl liegt ebenfalls bei ungefähr 10.000, die demographische Tendenz geht aber steil nach unten. So sind 37,7 Prozent der Angehörigen der jüdischen Minderheit Rumäniens zwischen 66 und 85 Jahren alt, 8,6 Prozent sogar älter als 85 Jahre.¹⁵ Vor diesem Hintergrund und aufgrund ihrer geringen Größe verfolgt die FCER eine Strategie des Ausgleichs sowohl mit dem Staat als auch mit den anderen Minderheitenorganisationen. Ihre politische Dimension und ihre politischen Ambitionen sind im Vergleich mit dem DFDR, das durch die rumänischen Regierungen und auch seine eigenen Wahlerfolge mehr und mehr in eine politische Rolle gedrängt wurde, eher bescheiden. Da sich die jüdische Minderheit samt ihrer Organisation, der FCER, als religiöse Minderheit sieht, die aber dennoch auch mit dem Nationalstaat der Juden, Israel, verbunden ist, nimmt sie eine Doppelrolle ein, die „man nicht trennen kann“¹⁶. Diese Position vereinfacht es dem FCER zumindest etwas, eine kulturelle Organisation zu bleiben und dennoch mitunter auch politische Projekte anstoßen zu können. Da sie sich weit weniger als das DFDR politisch exponiert hat, ist die Notwendigkeit, Loyalität dem rumänischen Staat gegenüber zu demonstrieren, geringer als im Falle des DFDR und des UDMR. Durch den in Rumänien zwar in den letzten Jahren etwas abgeflauten *offenen* Antisemitismus hingegen wird die FCER dennoch trotz ihrer geringen Größe und trotz ihrer nur marginalen politischen Ambitionen immer wieder zur Zielscheibe rumänischer Nationalisten. Die FCER muss – anders als der UDMR – keinen Ausgleich zwischen dem rumänischen Staat und ihren eigenen politischen Ambitionen suchen, um als Organisation überleben zu können, noch muss sie – im Unterschied zum DFDR – bemüht sein, ihre Identität als Kulturorganisation gegen eine immer mehr anwachsende politische Ausrichtung zu schützen. Die FCER hat vielmehr gegen Vorurteile anzukämpfen, die weder mit ihrer vorhandenen Loyalität dem rumänischen Staat gegenüber, noch mit ihren ohnehin nur sehr begrenzten politischen Bestrebungen etwas zu tun haben, son-

¹⁵ Gespräch mit Dorel Dorian, Bukarest, 7. April 2005 und Archiv FCER.

¹⁶ Gespräch mit Dorel Dorian, Bukarest, 7. April 2005.

dem allein antisemitischen Strömungen im Lande entspringen.

DFDR, aber auch UDMR und FCER, die auf den ersten Blick wie Organisationen mit Chamäleonqualitäten erscheinen könnten, mussten sich nicht so stark, wie man eigentlich annehmen könnte, wandeln, um sich den sehr schnell ändernden Gesamtbedingungen anzupassen. Dies ist weniger dem Umstand geschuldet, dass der Veränderungsdruck auf die Minderheitenorganisationen durch die rumänischen Parteien nicht allzu groß wäre, als vielmehr der Tatsache, dass auch die rumänische politische Landschaft sich selbst aufgrund ihrer instabilen Struktur in einem permanenten Wandlungsprozess befindet, der den Minderheitenorganisationen genug Freiraum gewährt, sich nicht gänzlich verändern und anpassen zu müssen, da sie geschickt die Brüche und Veränderungen auf Seiten der rumänischen Parteien ausnutzen können, um eine eigene substantielle Veränderung verhindern zu können.